

Das AMT und die Vergangenheit

Stellungnahme Dr.Hansjörg Eiff

Vortrag Internationaler Club La Redoute, Bonn – Bad Godesberg, 21.10.2011

Meine kurze Stellungnahme bezieht sich auf den zweiten Teil des Buchs.

Ich war von 1961 bis 1998 im Auswärtigen Dienst. Wie alle Kollegen in dieser Zeit hatte ich auf mehreren Dienstposten mit Spuren des dritten Reichs zu tun, vor allem bei den Vertretungen in Tel Aviv, Washington und Belgrad. In der Zentralabteilung des AA ging es verschiedentlich um den Umgang des AA mit seiner Vergangenheit.

Wichtiger als das persönlich Zufällige war, dass der Auswärtige Dienst der Bundesrepublik als Ganzes und in allen Funktionen dazu beizutragen hatte, das verloren gegangene Vertrauen im Ausland wieder zu gewinnen. Das Grundgesetz setzte dafür einen Rahmen, der das Gegenteil der Außenpolitik des dritten Reiches begründete.

Die neue Außenpolitik war nun nicht Thema des Buchs. Deren Diskontinuität gegenüber der des dritten Reichs wurde als gegeben vorausgesetzt.

Die Beschränkung der Aufgabenstellung auf die Frage der personellen Kontinuität oder Diskontinuität führte dazu, dass außer Betracht blieb, was die Diplomaten der Bundesrepublik eigentlich taten, und ihre Aktivitäten nur insoweit interessierten, als ihnen ein Verdacht von Gestrigem anhaftete. Einer Lebensleistung, auch einer gebrochenen, konnte diese Methode schlechterdings nicht gerecht werden.

Zunächst sei auf einige Aspekte der Personalpolitik nach 1949 hingewiesen, denen das Buch nicht genügend Rechnung trägt:

- Es wurde darauf geachtet, keine offensichtlich kompromitierten Bewerber einzustellen. Damit wurden prominente Angehörige des früheren Dienstes ausgeschlossen. Reine Parteimitgliedschaft war – wie auch sonst in der Bundesverwaltung – kein Ausschließungsgrund. Das Buch stellt zwar fest, dass NS-Parteizugehörigkeit nur einen beschränkten Aussagewert habe, aber Parteizugehörigkeit schien für die Autoren weitgehend einen Verdacht der Billigung von Verbrechen zu begründen.
- Der Untersuchungsausschuss des Bundestags, der 1951/1952 zu prüfen hatte, ob durch die Personalpolitik Missstände im Auswärtigen Dienst eingetreten seien, erklärte von den 350 bis Sommer 1951 eingestellten Angehörigen des höheren Dienstes lediglich drei als für den Dienst aufgrund ihrer politischen Vergangenheit nicht geeignet.
- Als der erste Personalchef nach dem Krieg, Wilhelm Haas, der selbst dem Kreis der Verfolgten angehörte, 1951 seine Geschäfte übergab, gehörte annähernd jeder vierte Angehörige des höheren Dienstes in die Kategorie der Verfolgten des NS-Regimes.

- Haas wies in seinem 1969 erschienenen „Beitrag zur Geschichte der Entstehung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland“ – m.E. die bisher beste Informationsquelle über die Anfangszeit – darauf hin, dass die Alliierte Hohe Kommission vom Recht der Beanstandung von zur Verwendung im Ausland vorgesehenen Beamten in keinem Fall Gebrauch gemacht habe, und dass in keinem Fall die Rückberufung von Beamten und Angestellten wegen Angriffen in Bezug auf ihre Vergangenheit notwendig gewesen sei. – Nach meiner Kenntnis trifft Letzteres auch für die Folgezeit zu.

Als ein Kernproblem der Darstellung erwies sich die Frage, inwieweit alte Kräfte die neue Außenpolitik behinderten, oder sich gegen sie richteten. Die aufgewandte Mühe förderte wenige Vorgänge zu Tage, die man, von einer Sache abgesehen, als marginal bezeichnen muss:

- Die Behauptung, Ehemalige im AA hätten versucht, die Verhandlungen mit Israel in den 1950er Jahren zu stören, ignoriert den politischen Rahmen der Diskussion (Rücksicht auf arabische Länder im Hinblick auf die Deutschlandpolitik) und die offensichtliche Erfolglosigkeit eventueller Störversuche.
- Bemühungen weniger Ehemaliger um eine neutralere Ausrichtung der Außenpolitik in den Anfangsjahren werden als Beweis für „Kontinuität“ herausgestellt; dabei wird übergangen, dass die SPD bis zum Godeberger Programm und die GVP Heinemanns in eine solche Richtung gingen.
- Zum Fall Eichmann wird insinuiert, die Botschaft Buenos Aires hätte ihre Hand über E. gehalten. An Fakten wird lediglich geboten, dass Eichmanns Söhne von der Botschaft, zwei Jahre bevor E. in Deutschland zur Fahndung ausgeschrieben wurde, Pässe unter ihrem Namen erhalten hatten.
- Als Skandal wird die Ablehnung der Finanzierung einer Vortragsreise des Hamburger Historikers Fritz Fischer aus dem Kulturhaushalt des AA wegen dessen Thesen zur Schuld am ersten Weltkrieg dargestellt. Die Ablehnung erscheint als Einzelfall.

Ein Fall, der in den 1960er Jahren auch die Öffentlichkeit bewegte, war eine von der Zentralen Rechtsschutzstelle (ZRS) im AA angefertigte „Warnliste West“ mit Namen von in der ersten Nachkriegszeit in Frankreich wegen Zugehörigkeit zu bestimmten Einheiten der Waffen SS und der Wehrmacht in Abwesenheit Verurteilten. Die Liste wurde zur Warnung der Betroffenen vor Frankreich-Reisen an das DRK gegeben.

Ich war selbst schockiert, als ich 1968 vom Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums Wien, Simon Wiesenthal, der die Sache in die Öffentlichkeit getragen hatte, in Tel Aviv ahnungslos auf die Warnliste angesprochen wurde. - Das AA erklärte damals die Vorwürfe, es habe Kriegsverbrecher geschützt, für unbegründet. Daran bleibt schwerlich etwas auszusetzen, wenn man berücksichtigt, dass die ZRS durch Beschluss des Bundestages vom 1.12.1949 in Kenntnis der Fragwürdigkeit der französischen Abwesenheitsurteile, die ohne Nachweis

individueller Schuld ergangen waren, eingerichtet wurde, dass wiederholt deutsche Reisende aufgrund ihnen unbekannter Urteile in Frankreich verhaftet worden waren, aber sämtlich nach dreimonatiger Haft ohne erneute Verurteilung freigelassen wurden, und dass die französische Regierung der Warnung des betreffenden Personenkreises zugestimmt hatte. – Das Buch übergeht diese aus den Akten im AA-Archiv ersichtlichen Gründe.

Zufolge Egon Bahr, der 1966 mit Willy Brandt ins AA kam, haben die Ehemaligen nicht gestört, sondern sich loyal verhalten. Viele haben dabei nicht nur nicht gestört, sondern Positives zu neuen Außenpolitik beigetragen. – Das Buch kann sich zu dieser Schlußfolgerung an keiner Stelle durchringen.

Das Buch ist bemüht, einen angeblich bislang herrschenden Mythos zu widerlegen, das Amt sei im dritten Reich ein Hort des Widerstands gewesen. Ich habe in meiner Dienstzeit von einem solchen Mythos nichts bemerkt. Vielmehr ist mir als ehemaliger Haushaltsreferent gegenwärtig, wie ein dem AA verbundener Historiker uns anfangs der 1980er Jahre eine Studie über Widerstand im AA zur Veröffentlichung anbot und dies mit der Begründung abgelehnt wurde, wir wollten uns nicht nachsagen lassen, das AA als Hort des Widerstands im dritten Reich zu propagieren. Die Studie erschien dann in einer Festschrift für einen anderen Historiker.

Das Amt hat durchaus auch schon vor dem Jahr 2005 versucht, sich seiner Vergangenheit zu stellen. Davon erwähnt das Buch nichts. Unter den Tisch gefallen ist vor allem, dass das Auswärtige Amt bereits im Jahr 1960 eine internationale Historikerkommission mit der Veröffentlichung der Akten von 1918 bis 1945 beauftragte. An dieser Edition arbeiteten bis zu ihrem Abschluss im Jahr 1995 80 Historiker aus D, F, GB und den USA. Über die Periode 1941 - 1945 wurden 8 Bände fertiggestellt, jeweils mit einem Kapitel zur Judenfrage. Allein aus dem Haushalt des AA wurde für die Edition das Zehnfache der Kosten der aktuellen Historikerkommission aufgewendet. Bei einem Festakt auf dem Petersberg zum Abschluss der Arbeiten im Jahr 1995 erinnerte sich der französische Hauptherausgeber, Jacques Bariéty, an folgende Ausführungen des Außenministers von 1960, Heinrich von Brentano, bei der Gründung des Viererunternehmens: „Man müsse ein für allemal die Vergangenheit vom Tisch fegen; unter Westalliierten, nun Freunden, müsse Alles bekannt werden, was geschehen war; ganz besonders aber sei die Rückkehr jener historisch – politischen Polemiken zu vermeiden, die durch die gezielte Herausgabe von Dokumenten die internationalen Beziehungen nach dem ersten Weltkrieg vergiftet und den Frieden beeinträchtigt hätten.“ Und Bariéty's eigenes Urteil: „Es galt, der internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft eine Sammlung von Quellen zur Verfügung zu stellen, damit jeder Historiker diese Geschichte schreiben kann, wie er es möchte. Ich habe nie eine Kritik über die Unvoreingenommenheit unserer Arbeit gelesen. Wir haben nie eine politische Anweisung bekommen; unsere Regierungen haben uns alle Freiheit, alle Gewissensfreiheit gelassen.“

In Bezug auf die aktuelle Diskussion besagen diese Ausführungen:

- Wenn die Wissenschaft bisher nicht „Alles“ zu Tage gefördert hat, lag dies wohl am wenigsten am AA.
- „Vertuschungen“, von denen in dem Buch verdachtweise verschiedentlich die Rede ist, kann es kaum gegeben haben; bei der internationalen Offenheit der Akten wären Vertuschungen aufgedeckt worden.

Die Aktenedition hätte in dem Kapitel „Vergangenheit als politische Herausforderung“ oder an anderer Stelle des Buchs behandelt gehört. Aber dies hätte die Bildung des Mythos vom Mythos gestört, die dieses Buch fördert.

M.E. würde die noch ausstehende befriedigende Behandlung der Thematik des Buchs deren Einordnung in einen weiteren Rahmen erfordern, etwa die „Rolle des Auswärtigen Dienstes bei der Überwindung der Erbschaft des dritten Reichs in den Außenbeziehungen“.